

Gewährung eines Erasmus Stipendiums für Studierende durch die Hochschule Trier

Die Hochschule Trier (Akademisches Auslandsamt) stellt dem/der u. g. Studierenden ein Stipendium des ERASMUS + Förderprogrammes der Europäischen Union zur Verfügung.

Die Stipendienrate beträgt	€ (bitte frei lassen)
----------------------------	-----------------------

Annahmeerklärung des Stipendiaten/der Stipendiatin**Persönliche Daten**

Name	
Vorname	
Straße, Hausnummer	
PLZ, Wohnort (1. Wohnsitz)	
Geburtsdatum, Geburtsort	
Wohnsitzfinanzamt	
Steueridentifikations-Nr.	
Studiengang	
Matrikelnummer	
Email-Adresse (Hochschule)	
Bankinstitut,	
BIC-Code	
IBAN-Nummer	

Information für die Haushaltsabteilung: Bitte veranlassen Sie die Auszahlung des o. a. Stipendiums zu Lasten folgender Haushaltsstelle:

Kapitel: 01566 Titel: 68186 Drittmittelkonto: VZ 0153

Kostenstelle (entfällt bei Drittmittelkonten): 5852010 Kostenart: 73010

Verwendungszweck: **ERASMUS Stipendium**
Sachlich und rechnerisch richtig:

Trier,

Akademisches Auslandsamt

Christoph Lex

Mit Annahme des Stipendiums **verpflichtet** sich der Stipendiat/die Stipendiatin

- alle Veränderungen, die für die Bewilligung des Stipendiums erheblich sind, unverzüglich mitzuteilen, z.B. wenn ein Fachrichtungs-, Studiengang- oder Hochschulwechsel beabsichtigt ist, das Studium mit Ende der Regelstudienzeit nicht erfolgreich abgeschlossen werden kann oder das Studium abgebrochen oder unterbrochen wird
- den sich aus der Entgegennahme des Stipendiums möglichen steuerlichen und sonstigen Aufzeichnungs- und Erklärungspflichten selbständig nachzukommen. Auf eine evtl. Mitteilungspflicht gem. Mitteilungsverordnung vom 07.09.1993 wird hiermit hingewiesen. Danach sind Behörden verpflichtet, dem zuständigen Finanzamt Zahlungen ab 1.500 € zu melden. Wurden Vorauszahlungen geleistet, sind diese bei der Errechnung des maßgebenden Betrages zu berücksichtigen. Bei wiederkehrenden Bezügen ist die Höhe der Zahlungen irrelevant.

Ich habe die vorstehenden Hinweise zur Kenntnis genommen und versichere hiermit die Richtigkeit und Wahrheit meiner Angaben. Mir ist bekannt, dass im Falle eines Widerrufs des Bewilligungsbescheides eine Weiterförderung nicht erfolgen kann und dass auf das Stipendium kein Rechtsanspruch besteht. Ich nehme zur Kenntnis, dass im Falle von falschen Angaben das Stipendium ganz oder teilweise zurückgefordert werden kann.

Ort, Datum

Unterschrift Stipendiat/in

Datenschutzinformation und Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten zur Gewährung eines Stipendiums durch die Hochschule Trier

Nachfolgend informieren wir Sie über die notwendigen Inhalte zum Datenschutz im Zusammenhang mit der Gewährung eines Stipendiums:

Verantwortliche Stelle der Datenverarbeitung ist:

Hochschule Trier
Trier University of Applied Sciences
Schneidershof
54208 Trier
E-Mail: praesident[at]hochschule-trier.de
Fax: +49 (0)651 8103 333

Ansprechpartner für Fragen des Datenschutzes – Datenschutzbeauftragter

In Fragen des Datenschutzes steht Ihnen unser Datenschutzbeauftragter zur Verfügung:
Herr Prof. Dr. Konstantin Knorr
Hochschule Trier
Trier University of Applied Sciences
Schneidershof
54208 Trier
E-Mail: datenschutz@hochschule-trier.de

Umfang der Datenverarbeitung

Es werden im Zusammenhang mit der Gewährung und Auszahlung des Stipendiums folgenden Daten verarbeitet:

• Name, Vorname	• Studiengang
• Straße, Hausnummer	• Matrikelnummer
• PLZ, Wohnort (1. Wohnsitz)	• Email-Adresse
• Geburtsdatum, Geburtsort	• Bankinstitut
• Wohnsitzfinanzamt	• BIC-Code
• Steuer-Nr.:	• IBAN-Numme

Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten

Die obigen Daten werden ausschließlich zum Zwecke der Gewährung des Stipendiums verarbeitet. Eine Weitergabe der Daten findet nur an Erasmus statt, es sei denn, die Hochschule wird gesetzlich oder vertraglich zu anderweitiger Weitergabe verpflichtet.

Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung

Soweit wir für die Gewährung des Stipendiums die obigen personenbezogenen Daten einholen, dient Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO als Rechtsgrundlage der Verarbeitung.

Dauer der Speicherung

Die Daten werden gelöscht, sobald sie für den oben genannten Zweck nicht mehr benötigt werden. Alternativ: Die Daten werden nach einer Frist von 10 Jahren gelöscht.

Ihre Rechte

Sie haben uns gegenüber folgende Rechte hinsichtlich der Sie betreffenden personenbezogenen Daten:

- Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung (Art. 21 DSGVO)
- Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO),
- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO) oder Löschung (Art. 17 DSGVO),
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)
- Recht, sich bei einer Datenschutz-Aufsichtsbehörde über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns zu beschweren (Art. 77 DSGVO).

Recht auf Widerruf der datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung

Sie haben das Recht, Ihre datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

Eine Weitergewährung des Stipendiums ist im Falle des Widerrufs der Einwilligungserklärung, des Widerspruchs gegen die Verarbeitung oder der Löschung der Daten nicht mehr möglich.

Zur Geltendmachung dieser Rechte wenden Sie sich bitte an die oben genannten Verantwortlichen.

Hiermit erkläre ich meine Einwilligung zur Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten.

Ort, Datum

Unterschrift Stipendiat/in

Grant Agreement für Erasmus+-Mobilitätsteilnehmende – Hochschulbildung

VEREINBARUNG : ERASMUS+ MOBILITÄT FÜR EINZELPERSONEN

Bereich: Hochschulwesen / Akademisches Jahr: **2024/2025**

PRÄAMBEL

Diese Vereinbarung ("die Vereinbarung") wird zwischen den folgenden Parteien geschlossen: einerseits der Hochschuleinrichtung („Hochschuleinrichtung“):

Hochschule Trier (D TRIER02), International Office

Anschrift: Hochschule Trier, Schneidershof, 54293 Trier, Germany / E-Mail: international@hochschule-trier.de

für die Unterzeichnung dieser Vereinbarung vertreten durch

Christoph LEX, Erasmus-Hochschulkoordinator,

Daniela HAUBRICH, Erasmus-Koordinatorin Umwelt-Campus Birkenfeld,

Berndt WERNER, Erasmus-Koordinator Campus Gestaltung

oder deren Vertreter

und andererseits dem/der Teilnehmenden („Teilnehmende/r“):

Vorname(n) NACHNAME(N) :	
Anschrift (Wohnsitz):	
Geburtsdatum:	
Nationalität:	
Telefon:	
E-Mail-Adresse:	

vorherige Förderung einer ERASMUS-Mobilität im gleichen Studienniveau:

nein / ja, für die Dauer von insgesamt _____ Tagen

gewählte ERASMUS-Partnerhochschule:

Hochschule, Land:	
Haupttransportmittel: (womit Sie <u>den überwiegenden Teil</u> der Hin- und Rückreise zurücklegen)	<input type="checkbox"/> bike / <input type="checkbox"/> bus / <input type="checkbox"/> car / <input type="checkbox"/> carpooling / <input type="checkbox"/> motorbike / <input type="checkbox"/> plane / <input type="checkbox"/> ship / <input type="checkbox"/> train / <input type="checkbox"/> other: _____ (Nur EIN Transportmittel ankreuzen!)

Bankkonto, auf das die finanzielle Unterstützung (Verwendungszweck: ERASMUS-Stipendium 24/25) gezahlt werden soll:

Inhaber des Bankkontos:	
Name der Bank:	
Clearing/BIC/SWIFT-Nummer:	
Konto-/IBAN-Nummer:	

Die zuvor genannten Parteien sind übereingekommen, diese Vereinbarung zu schließen.

Diese Vereinbarung besteht aus:

- Bedingungen und Konditionen
- Anhang 1: Erasmus+ Lernvereinbarung für die Mobilität von Studierenden zu Studienzwecken
 Erasmus+ Mobilitätsvereinbarung für die Mobilität von Personal zu Lehrzwecken
 Erasmus+ Mobilitätsvereinbarung für die Mobilität von Personal zu Ausbildungszwecken
- Anhang 2: Erasmus-Studentencharta [bei einer Mobilität von Studierenden zu Studienzwecken]

Die in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen festgelegten Bedingungen haben Vorrang vor den im Anhang aufgeführten Bedingungen.

Wird durch die Hochschuleinrichtung ergänzt:

Projekt-Code: _____

Erasmus+ Mobilitäts-ID-Nummer: _____

Der Gesamtbetrag umfasst:

- Förderrate für die individuelle Unterstützung für physische Langzeitmobilität
- Förderrate für die individuelle Unterstützung für physische Kurzzeitmobilität
- Aufstockungsbetrag (Top Up) für Studierende und Graduierte mit geringeren Chancen für Langzeitmobilität
- Aufstockungsbetrag (Top Up) für Studierende und Graduierte mit geringeren Chancen für Kurzzeitmobilität
- Reisekostenbeihilfe (Betrag für Standardreise oder grünes Reisen)
- Reisetage (zusätzliche individuelle Betreuungstage): ___ Tag(e) Anreise, ___ Tag(e) Abreise
- Außergewöhnliche Kosten für teure Reisen (auf der Grundlage der tatsächlichen Kosten) [gilt nicht für KA171]
- Finanzielle Zusatzförderung basierend auf dem Realkostenantrag

Die/Der Teilnehmende erhält:

- eine finanzielle Unterstützung aus Erasmus+ EU-Mitteln
- Zero-Grant-Förderung
- teilweise finanzielle Unterstützung aus Erasmus+-Mitteln der EU für einen Teil der physischen Mobilitätsphase (anteilige Zero-Grant-Förderung) [nicht auf KA171-Mobilitäten anwendbar]

BEDINGUNGEN UND KUNDITIONEN

ARTIKEL 1 - GEGENSTAND DER VEREINBARUNG

- 1.1 Diese Vereinbarung legt die Rechte und Pflichten sowie die Bedingungen für die finanzielle Unterstützung fest, die für die Durchführung einer Mobilitätsaktivität im Rahmen des Programms Erasmus+ gewährt wird.
- 1.2 Die Hochschuleinrichtung gewährt der/dem Teilnehmenden Unterstützung bei einer Mobilitätsmaßnahme.
- 1.3 Die/Der Teilnehmende nimmt die in Artikel 3 vereinbarte Unterstützung oder Leistung an und verpflichtet sich, die Mobilitätsmaßnahme wie in Anhang I beschrieben durchzuführen.
- 1.4 Änderungen an dieser Finanzhilfevereinbarung werden von beiden Parteien durch eine förmliche Mitteilung per Brief oder elektronische Nachricht beantragt und vereinbart.

ARTIKEL 2 - INKRAFTTRETEN UND DAUER DER MOBILITÄT (Wird durch die Hochschuleinrichtung ergänzt):

- 2.1 Die Vereinbarung tritt an dem Tag in Kraft, an dem die letzte der beiden Parteien diese Vereinbarung unterzeichnet.
- 2.2 Die Mobilitätsphase beginnt am _____ und endet am _____.
- 2.3 Der von der Vereinbarung erfasste Zeitraum umfasst:
 - eine physische Mobilitätsphase von _____ bis _____, was _____ Tagen entspricht
 - _____ finanzierte Reisetage
 - eine virtuelle Komponente von _____ bis _____
- 2.4 Das Zeugnis / die Teilnahmebescheinigung oder eine diesen Dokumenten beigefügte Erklärung muss den bestätigten Beginn und das bestätigte Ende der Dauer der Mobilitätsphase, einschließlich der virtuellen Komponente, enthalten.

ARTIKEL 3 - FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG

- 3.1 Die finanzielle Unterstützung wird nach den im Erasmus+ Programmleitfaden (Fassung 2024) angegebenen Finanzierungsregeln berechnet.
- 3.2 Der/die Teilnehmende erhält finanzielle Unterstützung aus Erasmus+ Mitteln der EU für eine physische Mobilität von _____ Tagen.
- 3.3 Der/die Teilnehmende kann einen Antrag auf Verlängerung der physischen Mobilitätsphase innerhalb der im Programmleitfaden Erasmus+ festgelegten Grenze stellen. Stimmt die Hochschuleinrichtung der Verlängerung der Mobilitätsphase zu, wird die Vereinbarung entsprechend angepasst.
- 3.4 Die Hochschuleinrichtung stellt dem/der Teilnehmenden die gesamte finanzielle Unterstützung für die Mobilitätsphase und ggfls. die Reisetage zur Verfügung.
 - Die Hochschuleinrichtung leistet die erforderliche Unterstützung für den/die Teilnehmende/n, indem sie dem/der Teilnehmenden die benötigten Unterstützungsleistungen direkt bereitstellt. Die Hochschuleinrichtung stellt sicher, dass die erbrachten Leistungen den erforderlichen Qualitäts- und Sicherheitsanforderungen genügen.
 - Die Hochschuleinrichtung leistet die erforderliche Unterstützung für den/die Teilnehmende/n, indem sie dem/der Teilnehmenden einen Betrag von _____ EUR zahlt und außerdem folgende Leistungen direkt bereitstellt: [Reisen/Aufenthalt]. Die Hochschuleinrichtung stellt sicher, dass die direkt erbrachten Leistungen den erforderlichen Qualitäts- und Sicherheitsanforderungen genügen.
- 3.5 Der Beitrag zu den Kosten, die im Zusammenhang mit dem Reise- oder Inklusionsbedarf entstehen
 - Inklusionsbeihilfe, außergewöhnliche Kosten für teures Reisen, Reisebeihilfe, zusätzlicher Betrag für geringere Chancen, werden auf der Grundlage der von dem/der Teilnehmenden vorgelegten Belege berechnet.

ARTIKEL 4 - KOSTENFÄHIGKEIT

- 4.1 Um förderfähig zu sein, müssen die Kosten von der/dem Teilnehmenden in dem in Artikel 2 genannten Zeitraum tatsächlich genutzt oder erzeugt werden und/oder für die Durchführung der im Anhang aufgeführten Tätigkeit erforderlich sein. Die Kosten müssen mit dem geltenden nationalen Steuer-, Arbeits- und Sozialversicherungsrecht in Einklang stehen.
- 4.2 Die tatsächlichen Kosten (z. B. für Realkosten) müssen durch Belege wie Rechnungen, Quittungen usw. nachgewiesen werden.
- 4.3 Die finanzielle Unterstützung darf nicht zur Deckung von Kosten für Aktivitäten verwendet werden, die bereits aus Unionsmitteln finanziert werden. Sie ist jedoch mit jeder anderen Finanzierungsquelle vereinbar. Dies schließt ein Gehalt ein, das die/die Teilnehmende für das Praktikum oder die Lehrtätigkeit oder für eine Arbeit außerhalb seiner Mobilitätsaktivitäten erhalten könnte, sofern sie/er die in Anhang I vorgesehenen Aktivitäten durchführt.

- 4.4 Der/die Teilnehmende hat keinen Anspruch auf Erstattung von Wechselkursverlusten oder Bankkosten, die ihm/ihr von seiner/ihrer Bank für Überweisungen von der entsendenden Hochschuleinrichtung in Rechnung gestellt werden.

ARTIKEL 5 - ZAHLUNGSMODALITÄTEN

- 5.1 Im Falle einer Outgoing-Mobilität erfolgt die Zahlung einer ersten Rate an den/die Teilnehmende/n nach Erhalt der Ankunftsbestätigung durch den/die Teilnehmende/n.
Im Falle einer Incoming-Mobilität erhält der/die Teilnehmende rechtzeitig nach seiner/ihrer Ankunft individuelle Unterstützung und ggf. Reisebeihilfe.
- 5.2 Die Zahlung an den/die Teilnehmenden erfolgt in zwei Raten:
Die erste Zahlung über maximal 3x30 Tage (entspricht 3 Monaten) wird nach Einreichung der „Confirmation of ERASMUS+ Study Period“ (oder vergleichbares Dokument) mit der Bestätigung des ersten Tages, an dem der/die Teilnehmende an der Aufnahmeeinrichtung anwesend sein muss, angewiesen.
Die erste Zahlung erfolgt an den/die Teilnehmenden und entspricht somit einem prozentualen Anteil des in Artikel 3 genannten Betrags. Legt der/die Teilnehmende die entsprechenden Nachweise nicht rechtzeitig nach dem Zeitplan der Fördereinrichtung vor, ist im begründeten Ausnahmefall eine spätere Zahlung möglich.
Die zweite Zahlung erfolgt erst nach Vorliegen aller durch die Einrichtung angeforderten Dokumente und Informationen.
- 5.3 Die Einreichung der „Confirmation of ERASMUS+ Study Period“ (oder vergleichbares Dokument) mit der Bestätigung des letzten Tages, an dem der/die Teilnehmende an der Aufnahmeeinrichtung anwesend sein musste sowie die Übermittlung des Teilnehmendenberichts (EU-Survey) gilt als Antrag des/der Teilnehmenden auf Zahlung des Restbetrags der finanziellen Unterstützung. Die Hochschuleinrichtung hat 45 Kalendertage Zeit, die Restzahlung zu leisten oder eine Aufforderung zur Rückzahlung vorzunehmen, falls eine Rückzahlung fällig ist.

ARTIKEL 6 - RÜCKZAHLUNG

- 6.1 Hält der/die Teilnehmende die Bedingungen der Vereinbarung nicht ein, muss die finanzielle Unterstützung ganz oder teilweise an die Hochschuleinrichtung zurückgezahlt werden. Kündigt der/die Teilnehmende die Vereinbarung vorzeitig, so muss er/sie die bereits gezahlte Zuwendung zurückzahlen, es sei denn, mit der Hochschuleinrichtung wurde etwas anderes vereinbart. Letzteres muss von der Hochschuleinrichtung gemeldet werden und bedarf der Zustimmung der Nationalen Agentur.

ARTIKEL 7 - VERSICHERUNG

- 7.1 Der/die Teilnehmende stellt sicher, über einen angemessenen Versicherungsschutz zu verfügen.
- 7.2 Der Versicherungsschutz umfasst mindestens eine Krankenversicherung sowie eine Haftpflicht- und eine Unfallversicherung.
- 7.3 Die für den Abschluss der Versicherung verantwortliche Partei ist: die/der Teilnehmende.

ARTIKEL 8 - SPRACHNIVEAU UND ONLINE-SPRACHUNTERSTÜTZUNG (OLS)

- 8.1 Der/die Teilnehmende kann die OLS-Sprachprüfung in der Mobilitätssprache (falls verfügbar) vor der Mobilitätsphase durchführen und die auf der OLS-Plattform verfügbaren Sprachkurse nutzen.

ARTIKEL 9 - TEILNEHMENDENBERICHT

- 9.1 Der/die Teilnehmende muss den Teilnehmendenbericht über seine/ihre Mobilitätserfahrung (über das Online-Tool: EU-Survey) innerhalb von 30 Kalendertagen nach Erhalt der Aufforderung zur Erstellung des Berichts ausfüllen und einreichen. Die Hochschuleinrichtung kann von Teilnehmenden, die den Online-Teilnehmendenbericht nicht ausfüllen und übermitteln, die teilweise oder vollständige Rückzahlung der erhaltenen finanziellen Unterstützung verlangen.
- 9.2 Eine ergänzende Onlineumfrage kann dem/der Teilnehmenden zugesandt werden, damit eine vollständige Auswertung für Anerkennungsfragen möglich ist.

ARTIKEL 10 - ETHIK UND WERTE

- 10.1 Die Mobilitätsaktivität muss im Einklang mit den höchsten ethischen Standards und den geltenden EU-, internationalen und nationalen Rechtsvorschriften über ethische Grundsätze durchgeführt werden.
- 10.2 Der/die Teilnehmende muss sich zur Einhaltung grundlegender EU-Werte (wie Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, einschließlich der Rechte von Minderheiten) verpflichten und diese gewährleisten.
- 10.3 Verstößt der/die Teilnehmende gegen eine seiner/ihrer Verpflichtungen aus diesem Artikel, kann die finanzielle Unterstützung gekürzt oder nicht gezahlt werden.

ARTIKEL 11 - DATENSCHUTZ

- 11.1 Alle personenbezogenen Daten im Rahmen der Vereinbarung werden unter der Verantwortung des in der Datenschutzerklärung genannten für die Verarbeitung Verantwortlichen im Einklang mit den geltenden Rechtsvorschriften zur Datenbereitstellung, insbesondere der Verordnung 2018/1725¹ und den damit verbundenen nationalen Datenschutzgesetzen, und zu den in der Datenschutzerklärung unter <https://webgate.ec.europa.eu/erasmus-esc/index/privacy-statement> genannten Zwecken verarbeitet.
- 11.2 Diese Daten werden ausschließlich im Zusammenhang mit der Durchführung und Weiterverfolgung der Vereinbarung durch die entsendende Hochschuleinrichtung, die Nationale Agentur und die Europäische Kommission verarbeitet, unbeschadet der Möglichkeit der Weitergabe der Daten an die für die Kontrolle und Prüfung gemäß den EU-Rechtsvorschriften zuständigen Stellen (Rechnungshof oder Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF)).
- 11.3 Der/die Teilnehmende kann auf schriftlichen Antrag Zugang zu seinen/ihren personenbezogenen Daten erhalten und falsche oder unvollständige Angaben korrigieren. Der/die Teilnehmende sollte sich bei Fragen zur Verarbeitung seiner/ihrer personenbezogenen Daten an die entsendende Hochschuleinrichtung und/oder die Nationale Agentur wenden. Der/die Teilnehmende kann bei dem/der Europäischen Datenschutzbeauftragten eine Beschwerde gegen die Verarbeitung seiner/ihrer personenbezogenen Daten im Hinblick auf die Verwendung der Daten durch die Europäische Kommission einreichen.

ARTIKEL 12 - AUSSETZUNG DER VEREINBARUNG

- 12.1 Die Vereinbarung kann auf Initiative der teilnehmenden Person oder der Hochschuleinrichtung ausgesetzt werden, wenn außergewöhnliche Umstände - insbesondere *höhere Gewalt* (siehe Artikel 16) - die Durchführung unmöglich machen oder übermäßig erschweren. Die Aussetzung tritt an dem Tag in Kraft, der von den Parteien in einer schriftlichen Mitteilung vereinbart wurde. Die Vereinbarung kann danach wieder aufgenommen werden.
- 12.2 Die Hochschuleinrichtung kann den Vertrag jederzeit aussetzen, wenn der/die Teilnehmende eine Straftat begangen hat oder im Verdacht steht, eine solche begangen zu haben:
 - a) wesentliche Fehler, Unregelmäßigkeiten oder Betrug oder
 - b) schwerwiegende Verstöße gegen die Verpflichtungen im Rahmen dieser Vereinbarung oder während der Vergabe (einschließlich der nicht ordnungsgemäßen Durchführung der Maßnahme, der Vorlage falscher Informationen, der Nichtbereitstellung erforderlicher Informationen, des Verstoßes gegen die Standesregeln (falls zutreffend), usw.).
- 12.3 Sobald die Umstände die Wiederaufnahme der Durchführung zulassen, müssen sich die Parteien unverzüglich auf ein Datum für die Wiederaufnahme einigen (einen Tag nach Ende der Aussetzung). Die Aussetzung wird mit Wirkung ab dem Datum des Endes der Aussetzung aufgehoben.
- 12.4 Während der Aussetzung wird keine finanzielle Unterstützung an den/die Teilnehmende/n gezahlt.
- 12.5 Der/die Teilnehmende hat keinen Anspruch auf Schadenersatz wegen der Aussetzung durch die Hochschuleinrichtung.
- 12.6 Die Aussetzung lässt das Recht der Hochschuleinrichtung auf Beendigung der Vereinbarung unberührt (siehe Artikel 13).

ARTIKEL 13 - BEENDIGUNG DES VERTRAGS

- 13.1 Der Vertrag kann von jeder Partei gekündigt werden, wenn Umstände eintreten, die die Durchführung des Vertrages undurchführbar, unmöglich oder übermäßig schwierig machen.
- 13.2 Im Falle einer Beendigung aufgrund *höherer Gewalt* (Artikel 16) hat der/die Teilnehmende Anspruch auf mindestens den Betrag der finanziellen Unterstützung, der der tatsächlichen Dauer des Aktivitätszeitraums entspricht. Etwaige Restbeträge müssen zurückgefordert werden.
- 13.3 Bei schwerwiegenden Verstößen gegen die Verpflichtungen oder wenn der/die Teilnehmende Unregelmäßigkeiten, Betrug oder Korruption begangen hat oder in eine kriminelle Vereinigung, Geldwäsche, terrorismusbezogene Straftaten (einschließlich Terrorismusfinanzierung), Kinderarbeit oder Menschenhandel verwickelt ist, kann die Hochschuleinrichtung die Vereinbarung durch förmliche Mitteilung an die andere Partei kündigen.
- 13.4 Die Hochschuleinrichtung behält sich das Recht vor, gerichtliche Schritte einzuleiten, wenn eine beantragte Rückerstattung nicht freiwillig innerhalb der per Einschreiben mitgeteilten Frist erfolgt.
- 13.5 Die Kündigung wird zu dem in der Mitteilung angegebenen Datum wirksam; "Kündigungstermin".

¹ Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen, Ämter und Agenturen der Union und zum freien Datenverkehr sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und der Entscheidung Nr. 1247/2002/EG.

13.6 Der/die Teilnehmende hat keinen Anspruch auf Schadenersatz wegen der Kündigung durch die Hochschuleinrichtung.

ARTIKEL 14 - KONTROLLEN UND PRÜFUNGEN

- 14.1 Die Parteien der Vereinbarung verpflichten sich, alle detaillierten Informationen zur Verfügung zu stellen, die von der Europäischen Kommission, der Nationalen Agentur von Deutschland (NA DAAD) oder einer anderen externen Stelle, die von der Europäischen Kommission oder der Nationalen Agentur von Deutschland (NA DAAD) ermächtigt wurde, angefordert werden, um zu überprüfen, ob die Mobilitätsphase und die Bestimmungen der Vereinbarung ordnungsgemäß umgesetzt werden oder wurden.
- 14.2 Jede Feststellung im Zusammenhang mit der Vereinbarung kann zu den in Artikel 6 genannten Maßnahmen oder zu weiteren rechtlichen Schritten im Sinne des geltenden nationalen Rechts führen.

ARTIKEL 15 - SCHADENERSATZ

- 15.1 Jede Partei dieser Vereinbarung stellt die andere Partei von jeglicher zivilrechtlichen Haftung für Schäden frei, die sie oder ihre Mitarbeitende infolge der Erfüllung dieser Vereinbarung erleiden, sofern diese Schäden nicht auf ein schweres und vorsätzliches Fehlverhalten der anderen Partei oder ihrer Mitarbeitenden zurückzuführen sind.
- 15.2 Die Nationale Agentur von Deutschland (NA DAAD), die Europäische Kommission oder ihr Personal können nicht haftbar gemacht werden, wenn im Rahmen der Vereinbarung ein Schaden geltend gemacht wird, der während der Durchführung der Mobilitätsphase entstanden ist. Folglich werden die Nationale Agentur von Deutschland (NA DAAD) oder die Europäische Kommission keinen Antrag auf Entschädigung oder Rückerstattung im Zusammenhang mit einem solchen Anspruch annehmen.

ARTIKEL 16 - HÖHERE GEWALT

- 16.1 Eine Partei, die durch höhere Gewalt daran gehindert wird, ihre vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen, kann nicht als vertragsbrüchig angesehen werden.
- 16.2 "Höhere Gewalt" bedeutet jede Situation oder jedes Ereignis, das:
- eine der Parteien daran hindert, ihre Verpflichtungen aus der Vereinbarung zu erfüllen,
 - unvorhersehbar war, eine Ausnahmesituation war und außerhalb der Kontrolle der Parteien lag,
 - nicht auf Fehler oder Fahrlässigkeit seitens des/der Teilnehmenden (oder seitens anderer an der Aktion beteiligter Stellen) zurückzuführen ist und
 - sich trotz aller Sorgfalt als unvermeidlich erweist.
- 16.3 Jede Situation, die einen Fall höherer Gewalt darstellt, muss der anderen Partei unverzüglich unter Angabe der Art, der voraussichtlichen Dauer und der vorhersehbaren Auswirkungen förmlich mitgeteilt werden.
- 16.4 Die Parteien müssen unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um den durch höhere Gewalt verursachten Schaden zu begrenzen, und alles tun, um die Durchführung der Maßnahme so schnell wie möglich wieder aufzunehmen.

ARTIKEL 17 - ANWENDBARES RECHT UND ZUSTÄNDIGES GERICHT

- 17.1 Die Vereinbarung unterliegt deutschem Recht.
- 17.2 Für Streitigkeiten zwischen der Hochschuleinrichtung und dem/der Teilnehmenden über die Auslegung, Anwendung oder Gültigkeit dieser Vereinbarung ist ausschließlich das nach dem anwendbaren nationalen Recht bestimmte zuständige Gericht zuständig, wenn diese Streitigkeiten nicht gütlich beigelegt werden können.

ARTIKEL 18 - INKRAFTTRETEN

Die Vereinbarung tritt am letzten Tag der Unterzeichnung durch die Vertragsparteien in Kraft.

UNTERSCHRIFTEN

Teilnehmende/r:

Hochschuleinrichtung:

Name: _____

_____, Internat. Office

Unterschrift

Unterschrift

Trier, Datum: _____

Trier, Datum: _____

Anhang II

ALLGEMEINE BEDINGUNGEN

Artikel 1: Haftung

Die Vertragsparteien befreien sich gegenseitig von jeglicher zivilrechtlicher Haftung für Schäden, die ihnen oder ihrem Personal infolge der Durchführung dieser Vereinbarung entstehen, sofern diese Schäden nicht die Folge einer schwerwiegenden und vorsätzlichen Verfehlung durch die andere Partei oder ihr Personal darstellen.

Die Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit im DAAD (NA DAAD), die Europäische Kommission und ihre Mitarbeiter haften nicht für Forderungen im Rahmen dieser Vereinbarung im Zusammenhang mit Schäden, die während der Durchführung der Mobilitätsphase entstehen. Entsprechende Entschädigungs- oder Erstattungsansprüche an die Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit (NA DAAD) oder die Europäische Kommission sind daher ausgeschlossen.

Artikel 2: Beendigung der Vereinbarung

Erfüllt der Teilnehmer seine vereinbarten Pflichten nicht, hat die entsendende Einrichtung unbeschadet der Folgen nach dem anwendbaren Recht das Recht, die Vereinbarung ohne weitere Rechtsformalitäten zu beenden oder zu kündigen, wenn der Teilnehmer nicht innerhalb eines Monats ab Benachrichtigung per Einschreiben Maßnahmen ergreift.

Wenn der Teilnehmer die Vereinbarung vorzeitig beendet oder nicht entsprechend den Bestimmungen erfüllt, muss er den bereits ausgezahlten Zubetrag zurückzahlen, soweit nicht anders mit der Entsendeeinrichtung vereinbart.

Beendet der Teilnehmer die Vereinbarung aufgrund „höherer Gewalt“, d. h. in einer unvorhersehbaren Sondersituation oder bei Eintreten eines unvorhersehbaren besonderen Ereignisses, das nicht dem Einfluss des Teilnehmers unterliegt und nicht auf einen Fehler oder die Fahrlässigkeit des Teilnehmers zurückzuführen ist, hat der Teilnehmer mindestens Anspruch auf den

Zubetrag entsprechend der tatsächlichen Dauer der Mobilitätsphase. Alle verbleibenden Mittel sind zurückzahlen, sofern nicht anders mit der Entsendeeinrichtung vereinbart.

Artikel 3: Datenschutz

Die Verarbeitung aller personenbezogenen Daten in der Vereinbarung erfolgt nach der Verordnung (EG) Nr. 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr. Diese Daten werden unbeschadet der Möglichkeit, die Daten an die für Inspektion und Prüfung nach EU-Recht zuständigen Stellen weiterzugeben (Europäischer Rechnungshof und Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung, OLAF), ausschließlich im Zusammenhang mit der Durchführung und Kontrolle der Vereinbarung durch die Entsendeeinrichtung, die Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit (NA DAAD) und die Europäische Kommission verarbeitet.

Der Teilnehmer kann seine personenbezogenen Daten auf schriftlichen Antrag einsehen und fehlerhafte oder unvollständige Informationen berichtigen. Fragen zur Verarbeitung personenbezogener Daten sind an die Entsendeeinrichtung und/oder die Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit (NA DAAD) zu richten. Der Teilnehmer kann gegen die Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit der Verwendung der Daten durch die Europäische Kommission beim Europäischen Datenschutzbeauftragten Beschwerde einlegen.

Artikel 4: Kontrollen und Prüfungen

Die Parteien der Vereinbarung verpflichten sich, alle von der Europäischen Kommission, der Nationalen Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit (NA DAAD) oder von einer anderen durch die Europäische Kommission oder die Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit (NA DAAD) zugelassenen externen Stelle geforderten detaillierten Informationen bereitzustellen, die der Überprüfung dienen, dass die Mobilitätsphase und die Bestimmungen dieser Vereinbarung ordnungsgemäß durchgeführt wurden.